

Mitteilung

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlungen
des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amok-
lauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung
und Jugendgewalt“,
Kapitel 3: Gewaltdarstellung in Medien, u. a. in Compu-
terspielen**

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 11. März 2010 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 14/6000 Kapitel 3, Ziffer 3.3):

Die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag bis zur parlamentarischen Sommerpause 2010 eine Bewertung zu den Handlungsempfehlungen in den Kapiteln 1.3, 2.3, 3.3 (ohne Ziffer 22 und 23), 4.3 und 5.3 vorzulegen und bis zum Jahresende Vorschläge zur Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen zu unterbreiten.

Handlungsempfehlung 26:

Mehr Personalstellen für den Arbeitsbereich Internetrecherche (AIR) beim Landeskriminalrat (LKA) BW schaffen

Handlungsempfehlung 27:

Strafverfolgung im Bereich der Internetkriminalität stärken

Bericht

Mit Schreiben vom 29. Juli 2010 Nr. IV-1201.4 berichtet die Landesregierung (hier: Innenministerium) wie folgt:

26. Mehr Personalstellen für den Arbeitsbereich Internetrecherche (AIR) beim Landeskriminalrat (LKA) BW schaffen und

27. Strafverfolgung im Bereich der Internetkriminalität stärken

Die Polizei muss in der Lage sein, zur Gefahrenabwehr und aus Anlass von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren digitale Spuren im Internet zeitnah und fachlich kompetent zu sichern, auszuwerten und zu verfolgen. Die dynamische Entwicklung der im Internet verfügbaren Inhalte und Kommunikationsmöglichkeiten, die kurzen Innovationszyklen der Internettechnologie, die vielfältigen Missbrauchsmöglichkeiten und die zunehmenden Straftaten im Zusammenhang mit dem Internet erfordern fortlaufend eine Anpassung der personellen und technischen Ressourcen bei der Polizei. Das Innenministerium hat dazu bereits im Zuge der Handlungsempfehlungen des Expertenkreises Amok ein Konzept vorgelegt, wie die Internetkompetenz der Polizei weiter gestärkt werden kann. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Stärkung der polizeilichen Internetkompetenz durch die Einstellung von ausgebildeten IT-Experten (z. B. Informatiker, Techniker oder Ingenieure). Für diesen Zweck sollen zeitnah 15 Neustellen geschaffen werden. Diese sollen dem Landeskriminalamt (5 Stellen zum Ausbau des Kompetenzzentrums Internetkriminalität sowie 8 Stellen zum Aufbau eines Kompetenzteams „Sachbearbeiter für IT-Beweissicherung“) sowie der Akademie der Polizei (2 Stellen zum Ausbau des Fachbereichs Informationstechnologie) zugewiesen werden. Im Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan für die Jahre 2010 und 2011 sind die zur Schaffung dieser Stellen erforderliche Ermächtigung bei Kap. 1212 Tit.Gr. 70 – Präventionsmaßnahmen gegen Jugendgewalt an Schulen – ausgebracht.